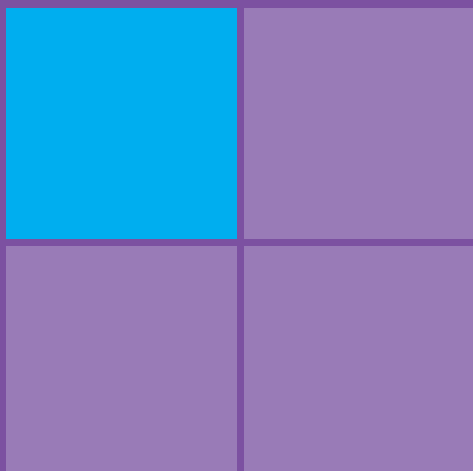


**Diakonie** 

Kurhessen-Waldeck

# Bericht



**Diakonisches Werk  
in Kurhessen-Waldeck e.V.**

**Bericht  
von Landespfarrer  
OLKR Dr. Eberhard Schwarz  
vorgelegt zur Mitgliederversammlung  
am 2. November 2011 in Hanau**

## Landespfarrer OLKR Dr. Eberhard Schwarz Bericht vor der Mitgliederversammlung des DWKW am 2. November 2011 in der Martin-Luther-Stiftung Hanau

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Schwestern und Brüder!

Sie haben den Jahresbericht des Diakonischen Werkes in Kurhessen-Waldeck 2011 in Händen, dem Sie entnehmen können, mit welchen Fragestellungen und Herausforderungen sich die Fachbereiche im Berichtszeitraum insbesondere beschäftigt haben. Zugleich steht hinter diesem Bericht viel Arbeit derer, die auf begrenztem Raum einen Einblick in ihre Schwerpunkte geben, aber auch viel Arbeit für den, der diese Berichte zu einem Ganzen zusammen gestellt hat. So danke ich zunächst einmal allen Mitarbeitenden unseres Hauses, den Bereichsleitungen, den Fachberaterinnen und Fachberatern, den Sekretariatskräften für ihre geleistete Arbeit und ich danke unserem Pressesprecher Herrn Lieberknecht für die Gesamtedaktion sowie Herrn Suß für das Layout. Das Lesen dieses Berichts erfüllt mich nicht nur mit Dank, sondern auch ein wenig mit Stolz, zeigt sich doch, dass wir ein gut aufgestelltes Haus sind und dies dem hohen diakonischen Engagement unserer Mitarbeitenden und deren Professionalität verdanken.

Im Folgenden möchte ich einige mir aus Sicht der Geschäftsführung wesentliche Punkte benennen und beginne mit den Veränderungen bei den **Personalia**.

Im **DWEKD** ist nach dem Ausscheiden von Präsident Klaus-Dieter K. Kottnik **OKR Johannes Stockmeier** (Jg. 1948), der zuvor 13 Jahre Vorstandsvorsitzender des DW Baden war, zum neuen Diakonie-Präsidenten gewählt worden. Seine Einführung wurde im Rahmen des diesjährigen Jahresempfangs des DWEKD im Januar in Berlin gefeiert. Zugleich wurde das Jahresthema eröffnet: Freiwilliges Engagement. Auch auf zwei weiteren Vorstandsstellen hat es Veränderungen gegeben: zum Nachfolger von Herrn Dr. Wolfgang Teske ist Herr **Dr. Jörg A. Kruttschnitt** gewählt worden. Herr Dr. Kruttschnitt war zuletzt zweites Vorstandsmitglied des DW Bayern; die Stelle des sozialpolitischen Vorstands ist nach dem Ausscheiden von Frau Kerstin Griese seit September mit Frau **Maria Loheide**, zuvor Geschäftsbereichsleiterin der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, wieder besetzt worden. Damit ist der Vorstand des DWEKD seit längerem wieder komplett (das vierte Vorstandsmitglied ist nach wie vor die Vize-Präsidentin **Cornelia Füllkrug-Weitzel**) und kann sich nun den sozialpolitischen Herausforderungen sowie der Aufgabe der Umsetzung der Fusion mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (eed) widmen. Wir hoffen, dass damit nach turbulenten Zeiten Ruhe einkehrt und sich unser Spitzenverband wieder der eigentlichen inhaltlichen Arbeit widmen kann.

Im **DWKW** haben wir in Nachbesetzung einer ausgeschiedenen Mitarbeiterin mit Frau **Tanja Riese** seit 1. Mai eine zusätzliche Referentin für Entgeltfragen in diakonischen Einrichtungen angestellt. Unsere langjährige Leiterin des Bereichs Kindertagesstätten und Geschäftsführerin des Verbandes Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder im Diakonischen Werk, Frau **Waltraud Kirchmeier**, beendet aus persönlichen Gründen ihren Dienst zum Jahreswechsel. Ihre Entscheidung kam für uns überraschend und sie schmerzt uns, verlieren wir mit ihr doch eine äußerst qualifizierte und allseits wertgeschätzte Mitarbeiterin. Aber ihre Entscheidung galt es auch zu respektieren. In einem Auswahlverfahren mit etwa zwanzig Bewerberinnen hat sich Frau **Regine Haber-Seyfarth**, bisher Kindertagesstätten-Fachberaterin in unserem Hause, durchgesetzt und wird ihre Arbeit nach entsprechender gemeinsamer Übergangszeit zum 1. Januar 2012 beginnen. Wir werden Frau Kirchmeier am Freitag (4. November) im DWKW verabschieden und ihre Nachfolgerin vorstellen. Eine weitere Veränderung in diesem Bereich ergibt sich durch den Weggang von Frau **Birgit Dettmar-Vehreschild** zum Hessischen Sozialministerium zum 1. Januar 2012. Wir werden beide Stellen nach Ausschreibung baldmöglichst wieder besetzen.

Dass der Verwaltungsrat unseres Hauses und dann auch der Rat der Landeskirche die Weichen für meine **Nachfolge** sowohl im **Amt des Landespfarrers** wie in dem des **Diakoniedezernenten** gestellt haben, ist Ihnen allen vermutlich bekannt. Ich gehe zum 30. Juni 2012 in den Ruhestand. Unserem Vorsitzenden des Verwaltungsrates, **Pfr. Horst Rühl**, gratuliere ich zum neuen Amt.

Verabschiedung und Einführung werden am Pfingstmontag, 28. Mai 2012 mit einem Gottesdienst in der Christuskirche und anschließendem Empfang im Haus der Kirche begangen werden. Vielleicht notieren Sie sich schon einmal diesen Termin. Die Einladungen werden im Frühjahr versandt.

Erwähnt werden soll, dass Landespfarrer i. R. Dr. Friedrich Thiele am 23. Januar seinen 85. Geburtstag begangen hat.

Ich komme nun zu einigen aus meiner Sicht wesentlichen inhaltlichen Punkten:

Angesichts insbesondere aus demografischen Gründen zurückgehender Mitgliederzahlen auch im Bereich der EKKW und damit verbunden entsprechenden Kirchensteuereinnahmevermindernungen beginnt in der Landeskirche ein sogenannter **Posterioritätenprozess**. Die Herbstsynode wird dazu entsprechende Weichen stellen. Auf diesem Hintergrund bin ich sehr froh darüber, dass es gelungen ist, zwei große diakonische Arbeitsfelder in verfasst-kirchlicher Trägerschaft zukunftsfest zu machen. Für die **regionalen Diakonischen Werke** haben wir uns auf ein **Finanzierungsmodell** verständigt, das den Trägern **über zehn Jahre** (= fünf Doppelhaushalte) Planungssicherheit ermöglicht und – auch, wenn es in wenigen Fällen zu Reduzierungen kommen wird – das Umfang und Qualität der Arbeit sicherstellt. Ich halte dies angesichts der Bedeutung der regionalen Präsenz der Diakonie für ein gutes Ergebnis. Zum anderen hat die letztjährige Herbstsynode im Zusammenhang meines Diakonieberichts beschlossen, am **flächendeckenden Netz kirchlich getragener Kindertagesstätten** festzuhalten. Auch dafür liegt nun ein **Finanzierungskonzept** vor, das deutliche Mehrausgaben aufweist, die insbesondere die Umsetzung der neuen Mindestverordnung sowie den Ausbau des U-3 Angebots (Krippenplätze) sicherstellen sollen. Ich bin zuversichtlich, dass die Synode in drei Wochen im Rahmen der Haushaltsberatungen die entsprechenden Beschlüsse fassen wird. Für mich auch ein Zeichen dafür, dass unsere Landeskirche zu ihrer Diakonie steht, wofür ich ausgesprochen dankbar bin.

Wir selber haben im zurückliegenden Jahr einen finanziellen Schwerpunkt im Bereich Bildung gesetzt und erhebliche Mittel in einen **Erweiterungsbau des Evangelischen Fröbelseminars in Kassel** (Sternbergstraße) investiert. Mittlerweile konnten wir den Betrieb dort aufnehmen und damit die Schule in Kassel wieder an einem Standort konzentrieren (Aufgabe der Hugo-Preuß-Straße in Kassel-Wilhelmshöhe). Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels auch in diesem Bereich sind wir damit nun gut aufgestellt für die Aufgaben der nächsten Jahre. Wir nehmen übrigens das Fröbelseminar mit in die Fusion mit dem DWHN (sozusagen als unregelmäßiges Verb). Eine Problemanzeige im Bereich des Personals im Kindertagesstättenbereich sei erlaubt: Es wird für unsere Einrichtungen immer schwieriger, insbesondere im südlichen Bereich unserer Landeskirche, qualifiziertes Personal zu bekommen, da die Unterschiede im Vergütungsniveau im Vergleich zu den kommunalen Einrichtungen erheblich sind. Hier muss kurzfristig Abhilfe geschaffen werden.

Einige Unruhe gab es auch bei uns im Hause und in den diakonischen Einrichtungen im Zusammenhang einer paradigmatischen **Änderung im Kollektenwesen der EKKW**. Der Rat der Landeskirche hat seine Absicht umgesetzt, die Kollektenordnung dahingehend zu verändern, dass fortan kein Automatismus auf jährlich wiederkehrende Berücksichtigung mehr besteht, keine Haushaltsförderung mehr sein, sondern eine Umstellung auf Projektförderung erfolgen soll. Mittlerweile ist klar, dass für die überwiegende Zahl der uns betreffenden Kollekten sich am Verfahren wenig ändern wird, da wir längst projektorientiert arbeiten und insofern dem neuen Paradigma gerecht werden.

Unser diesjähriger **Rüsttag** mit Besuchen und Gesprächen in einer Kasseler Moschee und der Synagoge fügte sich gut in ein inhaltliches Querschnittsthema unseres Hauses ein: Eine Arbeitsgruppe aus allen Fachbereichen hat sich intensiv mit dem **Thema der Interkulturellen Öffnung** beschäftigt. Am 29. Februar 2012 wird es dazu einen Fachtag geben. Eine Vorabinformation an Sie als

Mitgliedseinrichtungen ist mittlerweile versandt. Bitte nutzen Sie die Möglichkeit, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, das auf Grund der Bevölkerungszusammensetzung unseres Landes immer wichtiger werden wird.

Vor großen Herausforderungen stehen wir auch im **Bereich Pflege**. Auch hier geht es um den prognostizierten Fachkräftemangel einerseits und die nach wie vor ungunstigen finanziellen Rahmenbedingungen dieses Arbeitsfeldes andererseits. Mit einer **Pflegekampagne** haben wir (im Verbund der LIGA) auf diese Probleme aufmerksam zu machen versucht mit dem Ziel, das Image des Pflegeberufes zu verbessern und bei den jungen Leuten für diesen Beruf zu werben. Dies wird nur dann erfolgreich sein können, wenn gleichzeitig die angesprochenen Rahmenbedingungen eine Verbesserung erfahren. Der Umgang der Politik mit diesem Thema gibt allerdings wenig Anlass zu Hoffnung. Der mehrfache Ministerwechsel und die Verschleppung des Angehens der dringend notwendigen **Pflegereform** stellen aus meiner Sicht schlicht einen Skandal dar. Angesichts der Breitenwirkung dieses Themas für unsere Bevölkerung (etwa im Blick auf die Zunahme demenzerkrankter Menschen) ist dies für mich nicht nachvollziehbar. Dass unsere Einrichtungen, die stationären vor allem, aber auch die ambulanten, hier vor großen Herausforderungen stehen, ist bekannt. Die bisher nicht gelungenen Bemühungen um entsprechende arbeitsrechtliche Regelungen lassen mich mit großer Sorge in die nächsten Monate schauen.

Ich halte es nicht nur in diesem Zusammenhang für dringend erforderlich, dass der Landesverband (im Verbund mit den anderen Wohlfahrtsverbänden, aber auch den Gewerkschaften) verstärkt kampagnenorientiert arbeitet. Dazu gehören auch Briefaktionen an die hessischen Bundes- und Landtagsabgeordneten, mit denen wir etwa auf die Entscheidungen zum **Bleiberecht** oder der sog. **Instrumentenreform** Einfluss zu nehmen versucht haben. Gerade letztere gefährdet unsere Einrichtungen (Jugendwerkstätten) in ihrem Bestand, schlimmer aber wohl noch: sie streicht die wenigen Instrumente, mit denen auf dem ersten Arbeitsmarkt (noch) nicht vermittelbare Jugendliche begleitet und gefördert werden konnten und nimmt diesen damit letzte Chancen. Auch dies in meinen Augen ein Skandal!

Vielleicht passt an dieser Stelle ganz gut der Hinweis auf ein Positionspapier, das das DWEKD im Auftrag der Diakonischen Konferenz herausgegeben hat: „**Perspektiven der Diakonie im gesellschaftlichen Wandel**“. Das Büchlein ist von Uwe Becker, Leiter der von der Diakonischen Konferenz eingesetzten Expertisegruppe, Vorstand der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, 2011 im Neukirchener Verlag herausgegeben worden und Ihnen allen als pdf-Datei zugegangen. Ich empfehle diese Studie für Beratungen auf den Leitungsebenen Ihrer Einrichtungen.

Im Zusammenhang der Debatte um die **Heimerziehung der 50er und 60er Jahre** und etwaiger Konsequenzen hat im September in der Friedrichstadtkirche eine Veranstaltung stattgefunden, in der der Ratsvorsitzende der EKD Präses Nikolaus Schneider und der Präsident des DWEKD OKR Johannes Stockmeier die ehemaligen Heimkinder um Verzeihung für erlittenes Unrecht gebeten haben. Sowohl unser Haus wie auch unsere Landeskirche beteiligen sich an dem vom Runden Tisch beschlossenen Fonds zur Entschädigung.

Die **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** beschäftigt insbesondere unseren Bereich BeSoS (Behindertenhilfe, Sozialpsychiatrie und Suchtfragen). Schon im Oktober des vergangenen Jahres war dies Thema des Selbsthilfetages der Arbeitsgemeinschaft behinderter Menschen, Angehöriger und Beiräte in der Behindertenhilfe im DWKW. Große Erwartungen werden an diese Umsetzung geknüpft, aber auch Befürchtungen damit verbunden. Die Auswirkungen auf unsere Einrichtungen, aber auch die infrastrukturellen Veränderungsbedarfe werden diskutiert. In Planung ist eine zweitägige Fachtagung in Zusammenarbeit mit dem HSM, der Caritas und der Diakonie, an deren Vorbereitung unser Haus maßgeblich beteiligt ist.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine persönliche Anmerkung zur **Situation in Nordafrika**. Der sogenannte arabische Frühling hat in kürzester Zeit die geopolitische Situation im Mittelmeerraum verändert. Bisher ist allerdings nicht abzusehen, was dies für die Völker der betroffenen Staaten mittelfristig bedeutet. Ich selber hatte die Chance, vom 9. bis 16. März an einer Reise einer landeskirchlichen **Delegation nach Syrien (Damaskus) und in den Libanon** im Rahmen der Freundschaft mit der rum-orthodoxen Kirche von Antiochien und dem ganzen Osten teilzunehmen und u. a. in Damaskus einen Vortrag über Diakonie zu halten. Ziel der diesjährigen Reise war die Stärkung der seit zwanzig Jahren bestehenden Partnerschaft zwischen der EKKW und der rum-orthodoxen Kirche von Antiochien (Damaskus) durch Kooperationen/Projekte im diakonischen Bereich. Angedacht ist ein Projekt im Zusammenhang der Arbeit mit irakischen Flüchtlingen, aber auch Kooperationen im medizinisch-pflegerischen Bereich: Ausrüstungsgegenstände, die bei uns ausrangiert werden, dort aber noch gute Dienste leisten können; aber auch Trainingsprogramme für Mitarbeitende (Pflegekräfte, ambulante Dienste, evtl. auch Ärzte). Wieweit dies alles realisiert werden kann, ist durch die dramatische Situation gerade auch in Syrien derzeit allerdings offen. Wir schauen mit Sorge auf die Entwicklung in diesem Land.

Eine Gruppe von Landessynodalen hat, auch unter fachlicher Beteiligung unseres Hauses und der Arbeitsstelle Migration, eine Resolution für die Herbstsynode vorbereitet, in der wir für die Beteiligung Deutschlands an einem Resettlement-Programm in den Ländern Nordafrikas eintreten. Es kann nicht sein, dass angesichts des Flüchtlingselends die europäische Reaktion nur in einer Abschließung ihrer südlichen Außengrenzen besteht.

Auf **Landesebene** gerät angesichts der nach Volksabstimmung nun auch in die hessische Verfassung eingeführten **Schuldenbremse** sowie der daraus resultierenden Sparbeschlüsse zur Haushaltskonsolidierung auch der Haushalt des HSM unter Druck. Erste Gespräche mit dem neuen Ministerpräsidenten Herrn Volker Bouffier sowie dem neuen Sozialminister (er heißt wirklich wieder so, dies war von Herrn Grüttner dezidiert gewollt und sollte als politisches Signal verstanden werden) lassen hoffen. Ich wiederhole in diesem Zusammenhang allerdings einen Absatz meines letztjährigen Berichts:

„Diakonie und Kirche haben in all diese Gespräche einzubringen den für die biblische Tradition fundamentalen Gedanken der Gerechtigkeit, die immer auch als soziale Gerechtigkeit Gestalt gewinnen soll und dies in globalem Maßstab!

Der Ausgang dieser derzeit geführten (und sie ist dringend erforderlich!) Debatte wird das künftige Gesicht unseres Sozialstaats prägen. Mir sind zwei Kriterien wesentlich:

- Bei den in der Sache notwendigen Sparbemühungen muss es sozial gerecht zu gehen, d.h. es darf nicht einseitig zu Lasten der ärmeren Bevölkerungsschichten gespart werden. Hier sehen wir derzeit deutliche Schiefen.
- Wir dürfen nicht nur über Einsparungen reden. Wir müssen auch die Möglichkeiten einer Einnahmeverbesserung diskutieren. Dies ist insbesondere eine Frage der Steuerpolitik. Unser Staat hat sich in den letzten Jahren systematisch arm gemacht!“

Im Rahmen der **Aktion „Diakonische Gemeinde – Armut bekämpfen und gesellschaftliche Teilhabe fördern“** laufen mittlerweile zehn Projekte, die in enger Abstimmung zwischen Landeskirche und DWKW betreut werden. Ich habe im Rahmen einer „Sommerreise“ zwei dieser Projekte besucht und mit den Beteiligten ausführlich gesprochen. Weitere Projekte sind geplant und werden im Januar 2012 gestartet werden. Damit kommen allerdings auch die bereitgestellten Mittel in Höhe von einer Million Euro allmählich an ihr Ende. Wir setzen auf die Nachhaltigkeit der begonnenen Projekte und werden sie sicherlich evaluieren.

Am 18. September fand zum zweiten Mal ein **gemeinsamer Diakoniegottesdienst** von EKKW/ EKHN/DWKW und DWHN in der Elisabethkirche zu Marburg mit Kirchenpräsident, Bischof und beiden Landespfarrern statt. Im Anschluss an diesen gut besuchten Gottesdienst, der das Jahresthema des DWEKD aufnahm, fand in der Stadthalle zu Marburg erstmals ein **gemeinsamer Jahresempfang** beider Diakonischen Werke statt, bei dem ehrenamtlich Mitarbeitende von der Moderatorin des Nachmittages, Frau Petra Nagel vom Hessischen Rundfunk, interviewt wurden und erstmals der **Elisabeth-Preis der Diakonie Hessen** vergeben wurde.

## Stand der Entgeltverhandlungen 2011 in der Arbeitsrechtlichen Kommission in Kurhessen-Waldeck

In der Arbeitsrechtlichen Kommission Kurhessen-Waldeck (ARK.KW) gibt es für den Tarifbereich der „Arbeitsvertragsrichtlinien für den Bereich des Diakonischen Werkes in Kurhessen-Waldeck“ (AVR.KW) für 2011 noch keinen Tarifierhöhungsbeschluss. Die **Dienstnehmerseite** hatte Ende Mai einen Tarifierhöhungsantrag mit folgenden Eckpunkten vorgelegt:

- Ab 1. April 2011 lineare Tarifsteigerung von 1,5 %.
- Ab 1. Januar 2012 lineare Tarifsteigerung von 1,9 %, anschließend 17,-- Euro Aufschlag auf die Tabellenwerte.
- 360,-- Euro Einmalzahlung in 2011.
- Für den Tarifbereich Ost ab 1. Januar 2012 Anhebung des Vergütungsniveaus von derzeit 94,25 % auf 100 % und Absenkung der wöchentlichen Arbeitszeit von zurzeit 40 Stunden auf 38,5 Stunden.

Der Tarifsteigerungsantrag entspricht der Tarifeinigung für die Beschäftigten der Länder für 2011 und 2012 (TV-L). In der Vergangenheit haben sich die Beschlüsse der ARK.KW jedoch im Grundsatz regelmäßig an den Beschlüssen der Arbeitsrechtlichen Kommission des Diakonischen Werkes der EKD (ARK.DWEKD, „Bundesebene“) orientiert. Da die AVR-Reform in 2008 u.a. mit dem Ziel erfolgte, für die Diakonie ein eigenes – an die besonderen Bedürfnisse der Einrichtungen angepasstes – Tarifsystem zu schaffen, fordert die **Dienstgeberseite** in Kurhessen-Waldeck die Übernahme des Tarifabschlusses der ARK.DWEKD aus dem April 2011. Gleichzeitig fordert sie, den Arbeitsbereich der stationären Altenhilfe von dem Tarifbeschluss auszunehmen, um in der ARK.KW unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen, in welcher Weise den besonderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Arbeitsbereiches der stationären und auch der ambulanten Altenhilfe durch die Tarifgestaltung Rechnung getragen werden kann.

Die **Dienstnehmerseite** lehnt die Übernahme des Beschlusses der ARK.DWEKD ab, da sie selbst in der ARK.DWEKD nicht mehr vertreten sei und so keinen Einfluss auf das Verhandlungsergebnis gehabt habe. Zudem stellt sie die Legitimation der Dienstnehmerseite der ARK.DWEKD, alle Mitarbeitenden der Diakonie zu vertreten, in Frage. Die Dienstnehmerseite in Kurhessen-Waldeck strebt eine Anlehnung der AVR an die Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst an. Auch die Herausnahme der Altenhilfe aus der Tarifsteigerung wird abgelehnt, da sie nicht von der Notwendigkeit eines Umbaus der AVR.KW für die Altenhilfe überzeugt ist und befürchtet, dass durch diesen Umbau das Arbeitsrecht sonst dauerhaft von der Tarifentwicklung der AVR.KW abgekoppelt wird.

Die Dienstnehmerseite bot als Kompromiss an, den Bereich der stationären Altenhilfe befristet bis zum 30. Juni 2012 von der Tarifsteigerung auszunehmen, um Gespräche über die Notwendigkeit eines Umbaus der AVR für diesen Arbeitsbereich aufzunehmen. Die **Dienstgeberseite** ist jedoch der Auffassung, dass eine befristete Herausnahme der Altenhilfe aus der Tarifsteigerung den Bedürfnissen dieses Arbeitsbereiches nicht gerecht wird. Schon jetzt sei deutlich, dass die Einrichtungen aufgrund

der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Tarifsteigerung ohne eine Veränderung der tariflichen Strukturen auch in einen halben Jahr oder einem Jahr nicht schultern könnten.

Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, so dass beide Seiten jeweils einen eigenen Tarifsteigerungsantrag in der ARK.KW zur Abstimmung gestellt haben.

Die Eckpunkte des Dienstgeberantrags sind (in Anlehnung an den Abschluss der ARK.DWEKD):

- Erhöhung der Entgelttabelle um 2 % zum 1. September 2011,
- Verkürzung der Übergangsregelung nach der AVR-Reform von Endpunkt 2015 auf Endpunkt 2012,
- Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Wochenstunde zum 1. Januar 2012,
- Unterscheidung zwischen Ost- und Westtarif wird zum 1. Januar 2013 aufgehoben, aber Beibehaltung der 40 Stunden-Woche (Übergangsregelung bis 2015 möglich).
- Einrichtungen mit laufenden Notlagenregelungen werden für die Dauer der Laufzeit der Dienstvereinbarung von dem Tarifabschluss ausgenommen.
- Der Arbeitsbereich der stationären Altenhilfe wird von dem Tarifbeschluss ausgenommen, um in der ARK.KW unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen, in welcher Weise den besonderen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Arbeitsbereichs der stationären und ambulanten Altenhilfe durch die Tarifgestaltung Rechnung getragen werden kann.

Der Antrag der **Dienstnehmerseite** entspricht nicht mehr – wie ursprünglich gefordert – der Tarifeinigung für die Beschäftigten der Länder für 2011 und 2012 (TV-L), sondern der Forderung der Gewerkschaft zu Beginn der Tarifverhandlungen im Bereich TV-L und hat folgende Eckpunkte:

- lineare Entgeltsteigerung von 3 % rückwirkend zum 1. April 2011,
- danach Aufschlag auf die Tabellenwerte von 50,- Euro,
- Einmalzahlung von 500,- Euro zum 1. September 2011,
- Ost/West-Angleichung zum 1. Januar 2012.

Inzwischen wurden die Anträge in der ARK.KW zum zweiten Mal erfolglos zur Abstimmung gestellt. Da keine der beiden Seiten die notwendige Mehrheit gefunden hat, werden beide Seiten nun den Schlichtungsausschuss der ARK.KW zur Entscheidung anrufen. Eine Entscheidung ist erst im Winter, ggf. im neuen Jahr, zu erwarten.

Es wird zu beobachten sein, inwieweit die Arbeitsrechtssetzung auf der Grundlage des Dritten Wegs weiter durchführbar bleibt bzw. wieder durchführbar wird.

Soweit einige Heraushebungen aus meiner Sicht. Ich verweise nochmals auf die Ausführungen im Ihnen vorliegenden Jahresbericht 2011, der dies und vieles mehr ausführlich behandelt und gern insgesamt Gegenstand der Aussprache sein kann. Auch unsere Mitarbeitenden stehen für Rückfragen zur Verfügung, wo meine Detailkenntnisse nicht ausreichen.

Am Schluss steht auch in diesem Jahr wieder der Dank. Er geht an Frau Heinemann und Frau Liebehenz sowie an Pfr. Sven Pernak im Vorstandsbüro. Ich danke Herrn Direktor Dr. Harald Clausen, mit dem sich schnell eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt hat. Ich danke den Mitgliedern unseres Verwaltungsrates, für die ich stellvertretend wieder die beiden Vorsitzenden Pfr. Horst Rühl und Pfr. Joachim Bertelmann nenne.

Ihnen allen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

**Diakonie**   
Kurhessen-Waldeck

